

CO2 Emissionen

1. Treten Sie dafür ein, dass die österreichischen Treibhausgasemissionen bis spätestens 2030 auf Null gesenkt werden? (N/A)
 - Wir wollen, dass Österreich bis 2045 gänzlich CO₂-neutral wird – dass wir entweder kein CO₂ mehr ausstoßen oder alle Emissionen kompensieren. Im Gegensatz zu anderen Industrienationen wollen wir dieses Ziel aber ohne den Einsatz von Nuklearenergie erreichen.
2. Treten Sie dafür ein, dass die österreichischen Treibhausgasemissionen bis 2025 halbiert werden? (N/A)
 - Wir wollen, dass Österreich bis 2045 gänzlich CO₂-neutral wird – dass wir entweder kein CO₂ mehr ausstoßen oder alle Emissionen kompensieren. Im Gegensatz zu anderen Industrienationen wollen wir dieses Ziel aber ohne den Einsatz von Nuklearenergie erreichen.
3. Sind Sie für eine österreichweite Verpflichtung aller Bundesländer zum Ausstieg aus fossiler Energie mit einer auf Bundesebene abgestimmten Strategie? (N/A)
 - Österreich ist jetzt schon internationaler Vorreiter bei der Produktion von Strom aus erneuerbaren Ressourcen. Mehr als 70% des Stroms in Österreich wird aus erneuerbaren Ressourcen erzeugt (der Großteil davon aus Wasserkraft). Wir haben uns als Land gegen die Produktion von Atomstrom entschieden – das war gut so. Damit wir bis 2030 100% des Stroms aus erneuerbaren Ressourcen erzeugen können, liegt noch einiges vor uns.
4. Setzen Sie sich für ein höheres Ziel für Klimaneutralität, erneuerbare Energien und Energieeffizienz auf europäischer Ebene ein? Wenn ja wie planen Sie dies konkret? (JA)
 - Ja. Wir bekennen uns klar zu den europäischen Vorgaben sowie den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Diese Verpflichtungen wollen wir mit Maßnahmen im Inland erfüllen, ohne Abstriche. Wir wollen aber noch mehr erreichen. Wir wollen, dass Österreich bis 2045 gänzlich CO₂-neutral wird und werden uns auf europäischer Ebene für unseren Weg einsetzen.

Energie

5. Soll Österreich bis 2025 100% seines Stromverbrauches mit Ökostrom decken? (N/A)
 - Unser Ziel ist, 100% des österreichischen Strombedarfs bis 2030 aus erneuerbaren Energien zu decken.
6. Sind Sie für einen Importstopp für fossile oder ungekennzeichnete Energieträger? (NEIN)
 - Wir sind für eine Differenzierung und für eine klare Kennzeichnung. Ein kompletter Importstopp würde die Versorgungssicherheit gefährden und die Blackout-Wahrscheinlichkeit drastisch erhöhen.
7. Für den Umbau des Energiesystems ist ein jährlich eng definierter Ausbau- und Umbaupfad notwendig. Planen Sie verbindliche Zielpfade mit jährlicher Überprüfung bis 2030? (JA)
 - Österreich zählt bereits jetzt zu den Vorreitern bei erneuerbaren Energien. Diesen Weg gilt es konsequent fortzusetzen.

CO2-Bepreisung und Subventionen

8. Haben Sie konkrete Vorstellungen wie ein Modell für CO₂-Bepreisung auf europäischer Ebene aussehen sollte? Wenn ja, welche? (JA)
- Wir wollen beispielsweise eine verursachergerechte Besteuerung von Kraftstoffen im Flugverkehr und in der Schifffahrt: Dafür ist international akkordiertes Handeln nötig – zumindest auf europäischer Ebene. Ein Land alleine kann hier wenig ausrichten und würde durch einseitiges Handeln sogar riskieren, dass der eigene Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb leidet, ohne dass CO₂-Emissionen insgesamt reduziert würden. Ebenso wollen wir für Importe in den europäischen Binnenmarkt aus Drittstaaten, die den nötigen Standards im Klima- und Umweltschutz nicht entsprechen, in Abstimmung mit der WTO CO₂-Zölle einführen.
9. Planen Sie, analog zu einigen anderen Ländern, eine CO₂-Bepreisung auf österreichischer Ebene zusammen mit einem sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich? Wenn nein, haben Sie konkrete Pläne für ähnlich umfassend wirksame Instrumente, die innerhalb ihrer Legislaturperiode Wirkung zeigen? (NEIN)
- Die Volkspartei steht für Steuerentlastung, nicht für neue Belastungen. In Österreich gibt es schon jetzt CO₂-abhängige Abgaben wie die MÖSt oder die NoVa. Im Rahmen der Steuerreform werden weitere ökologische Anreize wie z.B. die Abschaffung der Eigenstromsteuer gesetzt. Solche positiven Anreize sind neuen Belastungen vorzuziehen. Nationale CO₂-Steuermodelle halten wir nicht für zielführend, weil sie speziell die Menschen im ländlichen Raum und sozial Schwächere belasten, die auf ihr Auto angewiesen sind
10. Sollen alle klimaschädigenden Subventionen (derzeit rund 5 Milliarden Euro) in Österreich bis spätestens 2025 mit Rücksicht auf soziale und wirtschaftliche Härtefälle abgebaut werden? (N/A)
- Die letzte Bundesregierung hat eine Erhebung klimaschädlicher Subventionen und Förderungen in die Wege geleitet. Diese Erhebung liegt erst seit kurzem vor. Eine inhaltliche Bewertung, welche Förderungen und Subventionen in diesem Bereich verzichtbar sind, wird erfolgen, wenn eine vollständige Evaluierung der bestehenden Instrumente abgeschlossen ist.

Verkehr

11. Befürworten Sie eine Investitionsoffensive von zwei Milliarden Euro in den öffentlichen Verkehr, um den Menschen den Umstieg zu ermöglichen? (JA)
- Damit öffentliche Verkehrsmittel stärker in Anspruch genommen werden können, hat der Ausbau des Angebots speziell im ländlichen Raum Priorität. Die ÖBB investieren bereits heute mehr als 2 Milliarden Euro jährlich in den Ausbau der Bahninfrastruktur. In der konkreten Umsetzung müssen wir jedenfalls Flexibilität zulassen und neuen Formen des öffentlichen Verkehrs eine Chance geben.
12. Planen Sie einen Stopp von Infrastrukturprojekte, die klimaschädliche Emissionen befeuern, und eine Umschichtung der Mittel für umweltfreundliche Mobilität? (NEIN)
- Für uns ist wichtig, dass wir bei Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz die Menschen mitnehmen. Denn die Akzeptanz für unsere Maßnahmen in der Bevölkerung ist Grundvoraussetzung, dass diese funktionieren. Es hat keinen Sinn, durch standortschädliche Maßnahmen wie das generelle Verbot wichtiger Infrastrukturprojekte Arbeitsplätze in Österreich zu gefährden und dadurch

gleichzeitig den CO₂-Ausstoß in benachbarte Länder zu verlagern. Wir wollen daher mit gutem Beispiel vorangehen und beweisen, dass Nachhaltigkeit, soziale Verträglichkeit und Wachstum einander nicht widersprechen – ganz im Sinne unserer langen Tradition der ökosozialen Marktwirtschaft. Eher als Infrastrukturprojekte zu unterbinden, wollen wir die Mobilität so bald wie möglich CO₂-neutral gestalten, durch Verbesserung bestehender Technologien, wie E-Mobilität, und Ausbau vielversprechender neuer Technologien, wie Brennstoffzellen (Wasserstoff).

13. Treten Sie für eine einheitliche Besteuerung von Kerosin auf österreichischer Ebene ein?

(NEIN)

- Ein Land alleine kann hier wenig ausrichten und würde durch einseitiges Handeln sogar riskieren, dass der eigene Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb leidet, ohne dass CO₂-Emissionen insgesamt reduziert würden. Wir setzen uns daher für eine verursachergerechte Besteuerung von Kerosin auf europäischer Ebene ein.

Effizienz und Raumplanung

14. Planen Sie (mindestens) die Verdoppelung der Sanierungsrate? Wenn ja, durch welche Maßnahmen soll das sichergestellt werden? (N/A)

- Wir wollen eines der ersten Länder Europas sein, in dem die Energieversorgung im Wohnraum großteils mit erneuerbarer Energie erfolgt. Hierfür braucht es eine noch leistungsfähigere Nutzung erneuerbarer Energiequellen (Solar, Biomasse, Wind und Wasser), verstärkten Einsatz von Biogas und synthetischen Gasen sowie verstärkte Speicherkapazitäten und verbesserte Gebäudeisolierung. Der Staat muss hier die richtigen Anreize setzen, wie steuerliche Erleichterungen bei der Gebäudesanierung und der Nutzung von Eigenstrom (z.B. aus Solarpanelen) sowie Förderung von nachhaltigen Baustoffen wie etwa Holz.

15. Planen Sie die Umsetzung eines wirksamen Energieeffizienz-Gesetzes mit verpflichtender Reduktion des Endenergieverbrauchs um rund ein Drittel bis 2025 inklusive Sektorzielen und ausreichenden Maßnahmen? (NEIN)

- Ziel muss es sein, die benötigte Energie in Österreich möglichst aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Wir nehmen den Klima- und Umweltschutz ernst. Was wir nicht wollen ist, dass der Klimaschutz gegen die Menschen und die Wirtschaft ausgespielt wird.

16. Planen Sie konkrete Maßnahmen, um die Raumplanung und Raumordnung in Österreich klimagerecht zu gestalten? (JA)

- Wir wollen eine Einschränkung der fortschreitenden Bodenversiegelung umsetzen. Diesen Weg haben wir schon vor einigen Jahren eingeschlagen und sehen nun erste Erfolge. Die Zunahme des Flächenverbrauchs hat sich in den letzten Jahren halbiert. Das ist immer noch zu viel, aber wir sind dabei auf einem guten Weg. Der Boden ist unsere wichtigste Ressource. Wir haben in Österreich 40.000 Hektar ungenutzte, bebaute Fläche, die revitalisiert und genutzt gehört. Zusätzlich dazu müssen Ortskerne verdichtet werden, um einer weiteren Zersiedelung vorzubeugen.

Finanz

17. Sollen Finanzprodukte in Zukunft eindeutig gelabelt werden, um klarer ersichtlich zu machen, wenn fossile oder nukleare Energie damit unterstützt wird? (N/A)

- Der Finanzsektor und die Nutzung seines Potenzials sind zentrale Elemente in unseren Bemühungen für eine nachhaltige Entwicklung. Green Finance verbindet dabei im Sinne der ökosozialen Marktwirtschaft Umweltziele mit wirtschaftlichem Erfolg. Damit Anleger eine informierte Entscheidung treffen und in nachhaltige Veranlagungsprodukte investieren können, ist mehr Transparenz sinnvoll. Es braucht daher die Einführung einer klaren Kennzeichnung nachhaltiger Finanzprodukte nach klaren Kriterien wie beispielsweise dem Anteil an nachhaltigen Investments in einem Finanzprodukt.
18. Sollen die im Eigentum oder Teileigentum der Republik Österreich stehenden Unternehmen bis spätestens 2021 Strategien für den vollständigen Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe oder deren Herstellung für die fossile Verbrennung bis 2030 vorlegen? **(NEIN)**
- Die Politik muss mit gutem Beispiel vorangehen und sicherstellen, dass die öffentliche Verwaltung als erster Sektor CO₂-neutral wird. Eine vollkommene CO₂-Neutralität aller im Bundeseigentum stehender Unternehmen ist bis 2030 nicht realisierbar (OMV, VOEST, ect.).
19. Planen Sie ein sofortiges bundesweites Aus von Ölheizungen im Neubau und ein Ausstieg aus dem Bestand bis spätestens 2025 (unter Berücksichtigung von limitierten sozialen Härtefällen)? **(N/A)**
- Wir wollen den Einbau von Ölkesseln in Neubauten ab 2020 verbieten, dazu haben wir im Parlament diese Woche auch einen Antrag eingebracht. Außerdem haben wir mit Anreizen wie dem „Raus aus dem Öl“-Bonus bereits einen wichtigen Schritt gesetzt, um den Umstieg auf erneuerbare Energien auch in Privathaushalten zu schaffen.
20. Planen Sie ein sofortiges bundesweites Aus von fossilen Gasheizungen im Neubau und ein Ausstieg aus dem Bestand bis spätestens 2030 (unter Berücksichtigung von limitierten sozialen Härtefällen)? **(N/A)**
- Wir wollen fossiles Erdgas stark zurückdrängen, setzen jedoch vor allem auf „Greening the Gas“, also das Ersetzen von fossilem mit erneuerbarem Gas.

Bildung und Institutioneller Rahmen

21. Planen Sie die Verankerung des Themas Klimawandel als wesentlicher Bestandteil aller Bildungs- und Ausbildungswege? Wenn ja, wie? **(JA)**
- Wir wollen die Lehrpläne aller Schulstufen dahingehend erneuern, dass das Bewusstsein für Klima- und Umweltschutz gestärkt wird und jeder weiß, wie er oder sie beitragen kann: vom Konsum regionaler Produkte, über die Nutzung des öffentlichen Verkehrs bis hin zum nachhaltigen, regionalen Urlaub.
22. Planen Sie die Etablierung eines weisungsfreien Beirats aus Wissenschaft und NGOs, die den Zielerreichungspfad Österreichs bis 2025 bzw. 2030 überwacht und jährlich evaluiert? **(JA)**
- Eine externe Klimakommission aus unabhängigen Wissenschaftler/innen und Expert/innen soll die Politik beim Fortschritt entlang der Klimaziele fachlich beraten, wie es auch etwa in Schweden und Deutschland der Fall ist.
23. Soll Klimaschutz bei allen neuen Gesetzen und Verordnungen sowie großen Bauprojekten mitbedacht werden und auf Verträglichkeit mit dem Klimabudget geprüft werden? **(JA)**
- Wir wollen einen verpflichtenden Check neuer Gesetze und Verordnungen im Hinblick auf deren Klimaverträglichkeit.

24. Setzen Sie sich für eine Schließung der Ressourcenkreisläufe im Sinne der Kreislaufwirtschaft ein, sodass Produkte nicht weggeworfen, sondern wiederverwendet, repariert, und recycled werden können? (JA)

- Wir wollen speziell die Kreislaufwirtschaft stärken und die Nutzung von Einwegmaterialien und Wegwerfverpackungen nach Möglichkeit reduzieren. Hierzu zählt zum Beispiel auch ein Verbot der Lebensmittelverschwendung in Supermärkten. Außerdem wollen wir durch gezielte Anreize die Reparatur von Gebrauchsgegenständen forcieren und attraktiver machen. Verschwendung soll in Österreich keine Zukunft haben!